

# Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe Konkurrenzprojekte oder Scheinalternativen?

Peter Wahl

Die Idee einer Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen, also auf Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen etc., die sog. Finanztransaktionssteuer (FTT), findet immer mehr Unterstützung. Die deutsche Kanzlerin, alle Parteien des Bundestages außer der FDP haben sich dafür ausgesprochen - freilich unter der Voraussetzung, die Steuer würde international eingeführt. Auch Sarkozy, der britische Premierminister und der Chef der EU-Kommission, Barroso, u.a. haben sich positiv geäußert.

Selbst bei einem geringen Steuersatz von 0,1% würde die FTT Hunderte von Milliarden Dollar jährlich bringen und gleichzeitig die Spekulation zu einem gewissen Grad zurückdrängen.

Die Bankenlobby läuft Sturm gegen die FTT. Nun hat Obama am 14. Januar ein eigenes Projekt ins Spiel gebracht: eine Bankenabgabe (*Financial Crisis Responsibility Fee*). Das Projekt wurde politisch geschickt präsentiert. Mit dem Argument, er wolle sich das Geld für die Rettung des Finanzsektors von den Banken wieder zurückholen, konnte der Präsident an den großen Unmut in der Bevölkerung gegenüber Bankern, Boni und Business as usual anknüpfen.

Seit der G7-Finanzministertagung in Kanada (6./7. 2. 2010) scheinen auch andere G7-Finanzminister sich auf die US-Position zuzubewegen. Einige Journalisten und den Banken nahestehende Politiker wähten, die FTT deshalb bereits tot. Finanzminister Schäuble äußerte sich dazu nicht ganz so forsch: „Seit dem G-20-Gipfeltreffen in Pittsburgh gibt es zahlreiche Vorschläge: Finanzmarkttransaktionssteuern, der amerikanische Ansatz einer Abgabe auf Großbanken, Versicherungslösungen, die Idee eines Fonds. Im Zweifel wird das eher mit Abgabenslösungen als mit sonst was gemacht. Der Finanzsektor muss die Kosten der Krise tragen.“ (FAZ 7.2.2010)

Das gibt zwar eine Tendenz wider, aber es ist keineswegs entschieden, was am Ende tatsächlich herauskommt. Es gibt noch eine ganze Reihe von Faktoren, die den weiteren Prozess in die eine oder andere Richtung beeinflussen können.

## Durchsetzung noch nicht gesichert

Als erstes muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Bankensteuer bisher nur in einigen Eckpunkten als Idee, nicht aber als ausgearbeitetes Konzept vorliegt. Das gilt sowohl für Obamas Vorschlag als auch für Schäuble. Zudem braucht Obama die Zustimmung des Kongresses, die keineswegs sicher ist. Dort liegt außerdem bereits ein Gesetzesentwurf für die Einführung der FTT, der vermutlich im Sommer entschieden wird. Der Ausgang ist ebenfalls ungewiss. Die Zivilgesellschaft in den USA unternimmt große Anstrengungen, um der FTT zum Sieg zu verhelfen.

Parallel dazu wird ein Report des IWF vorbereitet, der vom G20 in Pittsburgh in Auftrag gegeben worden war, und der Instrumente darlegen soll, mit denen die Finanzindustrie an den Kosten der Krise beteiligt werden können. Er wird eine Stellungnahme sowohl zur FTT als auch zur Bankensteuer und anderen Modellen enthalten. Ein Entwurf, der auch der Kommentierung durch die Zivilgesellschaft offen steht, wird im April vorliegen, und beim nächsten Gipfel in Toronto im Juni die Endfassung.

## Wie soll die Bankenabgabe funktionieren?

Obamas Vorschlag enthält bisher folgende Eckpunkte:

- abgabepflichtig sind Banken, Versicherungen, Investmentbanken und andere Finanzmarktakteure mit einem Eigenkapital ab 50 Mrd. Dollar. Demnach würden ca. 50 Institute in Frage kommen, darunter 10 bis 15 ausländische, wie z.B. die Deutsche Bank;
- die Abgabe soll 0,15% auf die Bilanzsumme (d.h. sämtliche Aktiva) betragen. Damit würden ca. 9 Mrd. Dollar jährlich zusammenkommen.
- die Abgabe ist auf 10 Jahre befristet, d.h. die Gesamtsumme der Einnahmen beläuft sich auf 90 Mrd. Dollar. Die Einnahmen lägen damit unter der Summe von 117 Mrd. Dollar, die bisher als Verlust aus den Rettungspaketen prognostiziert werden (Reuters, Factbox: Obama administration's bank fees plan. [www.reuters.com/article/idUSTRE60D4GJ20100114](http://www.reuters.com/article/idUSTRE60D4GJ20100114)).

Die BAFIN (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*) hat im Auftrag des Finanzministers ausgerechnet, was ein ähnliches Projekt in der Bundesrepublik bringen würde. Demnach würden 22 Banken und 10 Versicherungen abgabepflichtig (ab 35 Mrd. Euro Bilanzsumme), mit einem Ertrag von einem einstelligen Milliardenbetrag (Spiegel online, 12.2.2010). Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen ausgenommen sein, nicht aber die Landesbanken. Ungeklärt ist, was mit dem Geld geschehen soll. Im Gespräch ist ein europäischer Fonds. Angesichts der Komplexität einer europäischen Lösung ist allerdings eine nationale Lösung näher liegend.

### **Vor- und Nachteile der Bankenabgabe**

Hätte jemand vor drei Jahren diese Bankenabgabe vorgeschlagen, hätte man ihr uneingeschränkt zustimmen können. Mit dem Crash muss sich die Idee aber daran messen lassen, welchen Beitrag sie zur Abtragung der Krisenlasten und zur Vermeidung zukünftiger Krisen leistet.

Aber dennoch hat die Bankensteuer zumindest auf den ersten Blick drei Stärken:

- sie holt Geld bei den Banken (und Versicherungen),
- sie hat politischen Rückenwind durch den mächtigsten Spieler auf den Finanzmärkten, den USA, und scheint damit als der realpolitische Spatz in der Hand gegenüber der Taube FTT auf dem Dach,
- sie lässt sich als synchrone Maßnahmen im Rahmen der einzelnen Nationalstaaten verwirklichen und bedarf keiner weiteren internationalen Vereinbarungen, z.B. über Verteilung von Einnahmen.

Dem stehen aber sehr gravierende Schwächen gegenüber:

- das Einnahmepotential ist viel geringer als das der FTT, nämlich nur etwa 5%,
- es besteht, anders als bei der FTT, keine Lenkungswirkung, zumindest keine positive. Im Gegenteil, wenn die Abgabe nur als Versicherung gegen zukünftige Bankenpleiten konzipiert wird, verschärft sich das *moral hazard* Problem, d.h. die Risikobereitschaft besteht fort, weil die Spieler ja wissen, dass sie notfalls herausgehauen werden. Das Kasino wird sicherer für die Spieler,
- wird die Abgabe nur als Versicherung gegen zukünftige Crashes gesehen, trägt sie nicht zur Bewältigung der Lasten bei, die durch die Krise entstanden sind, geschweige denn zur Finanzierung öffentlicher Güter, wie Klimaschutz oder die Millenniums-Entwicklungsziele,
- die Maßnahme erstreckt sich nur auf einen Teil der Finanzindustrie. Zwar ist es der größte, aber zum einen ist nicht einzusehen warum der Rest ausgespart bleiben sollen, zum anderen entsteht eine Verlagerungstendenz von riskanten Geschäftsmodellen in Institute unterhalb der kritischen Grenze;
- die Maßnahme ist zeitlich begrenzt, während die FTT auf Dauer ausgelegt ist.

### **Kein Ersatz für die FTT**

Die Bankenabgabe kann also die FTT in keiner Weise ersetzen. Sie ist dieser mit großem Abstand unterlegen. Wenn es gelingt, in der Öffentlichkeit die Schwächen der Bankenabgabe zu vermitteln, kann sie nicht als Alternative gegen die FTT in Stellung gebracht werden.

Hinzu kommt der objektive Problemdruck, dem auch die Funktionseliten sich nicht völlig verschließen können. Die öffentliche Verschuldung, die anhaltende Wirtschaftskrise und ihre sozialen Kosten werden auf viele Jahre den Gang der Dinge bestimmen. Demgegenüber ist die Bankenabgabe ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem ist die Krise des Finanzsektors noch nicht vorbei. Überraschungen vom Typ Dubai oder Griechenland sind auch zukünftig nicht auszuschließen. In Europa kommt hinzu, dass der drohende Staatsbankrott Griechenlands die Krisenlasten steigert, während die Spekulation gegen den Euro einmal mehr deutlich macht, dass ohne Schritte zur Schließung des Kasinos Stabilität auf den Finanzmärkten nicht zu haben ist.

16. Februar 2010